

STECKBRIEF



Bundestagskandidaten in Sachsen

Name: *Torsten Herbst*

Alter: *43*

Wahlkreis: *156 - Bautzen I*



Warum kandidierst du für den Bundestag?

Weil es im Bundestag muss endlich wieder eine starke Stimme für Freiheit, Marktwirtschaft, Fortschrittsgeist und Rechtsstaatlichkeit geben muss. Als sächsische FDP brauchen ein engagiertes, kompetentes, durchsetzungsstarkes und ehrliches Team in Berlin. Bei einem Wahlerfolg muss mit dann mit allen verfügbaren Ressourcen und parlamentarischen Möglichkeiten die Erneuerung der sächsischen FDP vorangetrieben werden. Die Unterstützung der Kreisverbände mit Blick auf 2019 liegt mir dabei besonders am Herzen.

Was sind deine Themenschwerpunkte?

In aller Kürze: Rückkehr zur wirtschaftlichen Vernunft und marktwirtschaftlichen Überzeugungen, konsequente Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, Fortschrittsgeist und Innovationskraft sowie eine neue Debatten- und Diskussionskultur. Zum ausführlicheren Nachlesen gibt es meine Gedanken auch in einem kleinen Thesenpapier (siehe Anhang).

Was möchtest du für die Jugend erreichen?

Generationengerechtigkeit in der Finanz-, Sozial- und Rentenpolitik, digitale Offensive vom Kindergarten bis zur Hochschule, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Was ist das besondere an deinem Wahlkreis?

Eine attraktive und äußerst vielfältige Region zum Leben, Arbeiten und Erholen – vom Lausitzer Neuseenland über beeindruckende historische Städte und Landschaften bis zu einzigartigen Traditionen (Stichwort Sorbische Kultur).

Wie sieht bei dir ein durchschnittlicher Dienstag in deinem Leben aus?

Den gibt es bei mir (und vermutlich auch vielen anderen Liberalen) nicht ;-), sonst wäre es ja auch zu langweilig. Um in der laufenden Woche zu bleiben: Da gab es einen gut ausgefüllten Arbeitstag für diverse Kunden, zwischendrin Pressearbeit, Spendeneinwerbung und Organisationaufgaben für die FDP – und am Abend noch die Parteiveranstaltung als „krönender“ Abschluss. Wenn der Dienstag ausnahmsweise in den Urlaub fallen würde, wäre vermutlich Entspannung auf der Skipiste oder beim Segeln angesagt.

Deutschland 2017 – Freiheitliche Impulse für einen neuen Aufbruch in unserem Land

von Torsten Herbst, Generalsekretär der FDP Sachsen (herbst@fdp-sachsen.de)

Deutschland ist derzeit ein wirtschaftlich erfolgreiches, jedoch gleichzeitig stark zerrissenes Land. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die öffentliche Diskussions- und Debattenkultur leiden unter überzogenen Empörungreflexen. Ein teils aggressiver Umgangston, die Überheblichkeit einiger gesellschaftlicher Eliten, Verachtung gegenüber der Demokratie und das Gefühl von Unsicherheit und Ohnmacht hinterlassen ihre Spuren.

Viele Bürger hinterfragen heute Zustand und Identität unseres Landes, die Durchsetzung der Rechtsordnung und den Einfluss des Einzelnen auf politische Entscheidungen. Bedrohungen durch Terrorismus und Kriminalität nehmen uns nicht den Lebensmut, und dennoch sind ihre Auswirkungen im Alltag spürbar.

In dieser Situation regiert die große Koalition Deutschland satt und selbstzufrieden. Die Regierung hat nicht zum Wohlstand beigetragen, überzieht das Land jedoch mit immer neuen staatlichen Eingriffen. Schwarz-Rot ruht sich auf einem schwachen Euro, niedrigen Zinsen und günstigen Rohstoffpreisen aus. Die Bundesregierung verschläft die enormen Herausforderungen durch Digitalisierung, dynamische Weltwirtschaft und eine sich verändernde Arbeitswelt. Deutschland ist wirtschaftlich erfolgreich, doch der Erfolg kommt längst nicht bei allen an. Besonders paradox: Die niedrigste Arbeitslosigkeit fällt mit den höchsten Sozialausgaben zusammen. Sozialer Aufstieg durch eigene Anstrengung ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Unser Land hat die Kraft, auch in Zukunft erfolgreich zu sein – doch dafür muss sich Einiges ändern. Deutschland braucht einen neuen Aufbruch, ein echtes Update. Anstelle von Angst, Abschottung und Klientelgeschenken müssen wir jetzt mutig die Weichen für den Wohlstand zukünftiger Generationen stellen – durch eine innovative Bildungspolitik und Fortschrittsgeist, einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat, eine Rückkehr zu Marktwirtschaft und Verantwortung sowie eine Gesellschaft mit Freiraum für ein selbstbestimmtes Leben ohne Bevormundung.

Unser Land braucht eine neue demokratische Kultur, einen Zukunftspakt zwischen Politik und Bürgern, der auf Transparenz, Aufrichtigkeit und echte Mitwirkung setzt. Eine lebendige Bürgerrepublik bietet einen klaren Kontrast zu einer Politik der nationalen Abschottung, der Rückwärtsgewandtheit und der Dauerempörung. Eine starke bürgerliche Mitte ist die beste Voraussetzung für ein erfolgreiches und stabiles Deutschland.

Für eine neue Diskussionskultur

Die Konflikte und Wutausbrüche in öffentlichen Diskussionen kommen nicht überraschend. Zu lange besitzt ein Teil der Bevölkerung das Gefühl, nicht mehr verstanden und gehört, sondern nur noch belehrt zu werden. Einige Eliten sind mit ihrer Wahrnehmung in der eigenen Meinungsblase gefangen. Wer in einer Demokratie politische Entscheidungen als „alternativlos“ bezeichnet, fördert Frust und Resignation. Wir müssen über die Zukunft unseres Landes diskutieren können – offen, vorurteilsfrei und ohne Scheuklappen, aber auch in kultivierter Form. Alle Demokraten müssen sich wieder ernsthaft mit anderen Meinungen auseinandersetzen, ohne permanent den moralischen Zeigefinger zu erheben, Bürger zu beschimpfen oder zu dämonisieren.

Klare und verbindliche Regeln statt Recht des Stärkeren

In einer liberalen Wirtschafts- und Rechtsordnung haben alle gleiche Rechte und Pflichten. Wie kann es da sein, dass ein Handwerksunternehmen Pleite geht, während die Bank oder das Großunternehmen mit Steuergeld gerettet wird? Wie kann es sein, dass unser Mittelstand kräftig Steuern in Deutschland zahlt, während sich mancher internationale Konzern einfach arm rechnet? Wie kann es sein, dass große EU-Staaten vereinbarte Regeln brechen, ohne dass dies zu Konsequenzen führt? Wirtschafts- und Rechtsordnung auf nationaler wie europäischer Ebene leben vom Vertrauen, dass alle gleich und fair behandelt werden. Dieses Prinzip müssen wir in der Politik wieder durchsetzen. Einmal vereinbarte Regeln

dürfen nicht umgangen werden. Wir brauchen einen durchsetzungsstarken (Rechts-)Staat, nicht das Recht des Stärkeren.

Ein starker Rechtsstaat garantiert persönliche Freiheit

Der Terror ist in Deutschland angekommen. Auch wenn es nie absolute Sicherheit geben wird, der Schutz des Lebens seiner Bürger ist die vordringlichste Aufgabe eines Staates. Der Rechtsstaat und die Demokratie müssen in einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft wehrhaft sein – gegenüber Straftätern in der eigenen Bevölkerung wie auch unter Zugewanderten. Ein starker Rechtsstaat achtet Freiheitsrechte, setzt geltendes Recht aber zugleich konsequent durch. Wenn zur Kontrolle des Mindestlohns 1.600 neue Zollbeamte eingestellt werden, für die Überwachung von terroristischen Gefährdern aber gleichzeitig Beamte fehlen, sind die Prioritäten falsch gesetzt. Für neue Bedrohungen braucht es nicht immer neue Gesetze, sondern konsequentes Handeln – beispielsweise bei der engeren Vernetzung von Sicherheitsbehörden im In- und Ausland oder der gezielten Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus. Gegenüber Gewaltbereitschaft und Intoleranz dürfen wir niemals tolerant oder gutgläubig sein. Eine freiheitliche Gesellschaft muss sich gegen äußere Bedrohungen schützen, ansonsten verspielt sie ihre Offenheit nach innen.

Eigene Anstrengung muss sich lohnen

Zahlreiche Bürger fragen sich, ob sich die eigene Anstrengung noch lohnt. Die Entwertung des Sparens durch den politischen Niedrigzins, eine gierige Steuerpolitik des Staates und neue Belastungen durch Energiepreise und Sozialabgaben untergraben den Glauben an die Leistungsgerechtigkeit. Die Steuer- und Zinspolitik führt zu einer enormen Umverteilung von Privat zum Staat. In der öffentlichen Diskussion gibt es scheinbar nur noch Superreiche oder Superarme, die Mitte kommt kaum mehr vor. Wer den Bürgern etwas zutraut, überlässt es ihnen zu entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben. Wir brauchen eine Wiederbelebung des Aufstiegsversprechens: Wer anpackt und etwas leistet, dem muss es besser gehen als denen, die eigene Anstrengung scheuen. Deshalb ist eine umfassende steuerliche Entlastung zwingend – mit einer Beseitigung der Kalten Progression und der Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Neue Kultur der Bildung in unserem Land

Wir stehen vor einer Bildungsrevolution. Dank der Digitalisierung gestaltet sich der Zugang zu Wissen einfacher. Gleichzeitig wird deutlich, dass einmal erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten im Laufe des Lebens fortentwickelt werden müssen. Die Schwierigkeit besteht zukünftig nicht mehr darin, Informationen zu finden, sondern diese einzuordnen und anzuwenden. Niemand weiß, mit welchen Technologien wir in 30 Jahren miteinander kommunizieren oder uns fortbewegen. Deshalb brauchen wir eine neue Bildungs- und Lernkultur sowie Offenheit für neue Technologien. Unsere Schulen müssen stärker vom Wissenstrichter zur Talentschmiede werden. Es gilt wieder Lust auf Neues zu wecken und sich nicht allein an Vergangenes zu klammern.

Neues Vertrauen in die Bürger – Schluss mit dem Nanny-Staat

Aus vermeintlich moralischen Gründen, wie Gesunderhaltung oder Klimaschutz, greift die Politik immer stärker in das Leben der Bürger ein. Verbrennungsmotoren sollen verboten, „gute“ Verkehrsmittel vorgeschrieben, Genussmittel mit Strafsymbolen versehen und Bioessen verordnet werden. Eine überzogene politische Korrektheit und „gendergerechte Sprache“ geben vor, was wie gesagt werden darf. Dieses Menschenbild entspricht nicht dem mündigen Bürger, sondern dem Untertan. Es muss Schluss damit sein, dass Regierungen sich anmaßen, ihre Bürger zu erziehen. In einer freiheitlichen Gesellschaft steht der Einzelne im Mittelpunkt, nicht die kollektive Verhaltensänderung. Wir brauchen einen Staat, der den einzelnen Bürger ernst nimmt und ihm vertraut. Dazu gehören auch mehr Angebote für die direkte Mitbestimmung der Bürger bei politischen Sachentscheidungen. Ein demokratisches Gemeinwesen wird stärker, wenn Bürger die Chance bekommen, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Für eine echte Generationengerechtigkeit in der Renten- und Sozialpolitik

Die deutschen Sozialversicherungen sind starke Pfeiler für Wohlfahrt und gesellschaftliche Stabilität. Die demografischen Veränderungen und eine neue Arbeitswelt machen jedoch deutlich: Ein einfaches ‚Weiter so‘ kann es nicht geben. Denn längere Lebenserwartung, kürzere Arbeitszeiten und höhere Renten- und Sozialleistungen passen einfach nicht zusammen. Für eine zukunftsfähige Altersversorgung brauchen wir einen flexiblen Renteneintritt, der sich an der Lebenserwartung und persönlichen Lebensumständen orientiert. Für die gesetzliche Kranken- und Arbeitslosenversicherung braucht es Wahlmöglichkeiten und Bonusmodelle. Nicht zuletzt muss die politisch verordnete Niedrigzinspolitik beendet werden, damit sich die Altersvorsorge lohnt.

Europa – Stark durch Kooperation statt durch Überregulierung

Die Europäische Union ist einzigartig in der Welt. Kein Staatenbund arbeitet so eng zusammen und lebt gleichzeitig von seiner Vielfältigkeit. Doch die Europäische Idee leidet – durch nationale Egoismen genauso wie durch überzogene Regelungsansprüche. Gleichzeitig schieben Nationalstaaten zu oft ihr eigenes Versagen auf „Europa“. Wir brauchen einen echten Neustart in der Europäischen Union. Wenn Kooperation einen konkreten Nutzen für die Bürger schafft, kann Europa überzeugen – beispielsweise durch grenzenloses Arbeiten und Reisen, Studieren im europäischen Ausland, Verbraucherschutz und günstigere Produktpreise sowie grenzüberschreitende Sicherheit. Vorschriften zur Einsparung von Wasser und oder zur Leistungsbegrenzung von Staubsaugern machen die europäische Idee dagegen kaputt. Europas Stärke ist die Kooperation in Vielfalt. Ein attraktives Europa sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren, nicht auf das Regeln kleinster Details.

Dresden, im Februar 2017